

Die Rechte drängte nun Laval in den letzten Tagen, den Ostpakt ohne Deutschland und Polen aufzulösen. Sie unterstützten damit Litwinow und Außenminister der Kleinen Entente, die in Genf Laval die baldige Aufhebung des Ostpakts forderten haben. Ob Laval ihnen verbindende Zusagen geben hat, wird sich jetzt in London zeigen. Nach ersten Informationen liegt es durchaus im Bereich

der Möglichkeit, daß er dem Druck der Bundesgenossen nachgegeben hat.

Der Vertrag von Locarno, in dem sich England zur Aufrechterhaltung der im Versailler Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich festgelegten Grenze verpflichtet hat, dürfte in London einer eingehenden Erörterung unterzogen werden. Wenn sich auch die beiden Regierungen grundsätzlich einig sind, so herrscht doch, wie der offizielle „Times“ meint, in Paris einige Unsicherheit darüber, in welcher Form England zum Beispiel im Falle der Verletzung der entmilitarisierten Rheinlandzone, eines deutschen Angriffes gegen Frankreich usw. seinen im Vertrag von Locarno festgelegten Verpflichtungen nachzukommen gedenkt. Kann Frankreich in diesen Fällen auf eine sofortige militärische Intervention Englands rechnen? So dürfte, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, bei den Fragen lauten, die die französischen Staatsmänner der englischen Regierung stellen werden.

Wie man aus den zwischen Laval und dem englischen Botschafter stattgefundenen Gesprächen und einem Leitartikel der „Times“ entnehmen kann, ist England nicht geneigt, über den Vertrag von Locarno hinaus besonders in Bezug auf den Ostteil militärische Verpflichtungen, die die eigenen Interessen nicht berühren, einzugehen. Diese Einstellung entspricht durchaus der britischen Gesamtpolitik. Nach der „Times“ dürften Laval und Laval nicht mehr als eine allgemeine englische Unterstützung des Ost- und Donauplatzes zu erwarten haben. Die Engländer legen dagegen großen Wert darauf, das Locarno-Abkommen auf den Luftkrieg auszuweiten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Frage eine Einigung zustande kommt.

Neue Vereinbarungen wie letzthin in Rom sind nach der Ansicht der Pariser politischen Kreise nicht zu erwarten. Auch die britische Regierung scheint sich

nach den Versicherungen ihres Pariser Botschafters keinen allzu großen Hoffnungen hinzugeben. Man bemüht sich deshalb sowohl auf französischer als auch auf englischer Seite heute schon zu betonen, daß die Londoner Besprechungen nur eine Plattform für die künftigen diplomatischen Verhandlungen schaffen sollen. Die eigentlichen Entscheidungen werden also erst später gefällt werden, nachdem auf englischen Wunsch Berlin in die Verhandlungen eingeschaltet ist. Offensichtlich ist dann der Erfolg größer als im vorigen Jahr. Immerhin ist es schon ein Fortschritt, daß die Welt jetzt endlich weiß, was Frankreich unter seinen Zulagegarantien versteht.

Die Bemühungen der englischen Regierung, Deutschland durch die Anerkennung der praktischen Gleichberechtigung die Rückkehr nach Genf zu ermöglichen, sind gewiß zu begrüßen, aber es ist zweifelhaft, ob die französischen Sicherheitsgarantien bei der Abneigung der Engländer, sich auf dem Festland noch mehr zu binden, so berücksichtigt werden, wie man es in Paris erwartet. Ferner darf man nicht vergessen, daß Verhandlungen im Rahmen des Viererpatentes, der sich am politischen Horizont wieder langsam abzeichnet, auf den energiegelichen Widerstand des Rätebundes und der kleinen Entente stoßen werden.

Ein Teil der französischen Rechtspolitiker forderte in der letzten Zeit, daß die Regierung mit Deutschland erst dann über die Abrüstungsfrage verhandeln solle, wenn seine Delegierten wieder in Genf am Verhandlungstisch erschienen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß Laval und Laval, denen man im allgemeinen den Sinn für Realpolitik nicht abspricht, diesen Standpunkt in London vertreten werden, so scheint man sich in Paris doch noch nicht darüber klar zu sein, daß Deutschland, wie vor kurzem der Führer noch erklärte, heute nicht mehr daran denkt, auf internationalen Konferenzen über die Gleichberechtigung zu feilschen.

Kein Beitritt Amerikas zum Haager Gerichtshof.

Washington, 30. Januar.

Der Senat hat, wie in einem Teil der Auflage bereits gestern mitgeteilt, die Vorlage über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag nicht ratifiziert. Für die Vorlage stimmten 52 Senatoren, gegen sie 36. Da für eine Ratifizierung die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, gilt sie als abgelehnt.

Furchtbare Familientragödie.

Berlin, 30. Januar.

Eine furchtbare Familientragödie wurde in Stettin aufgedeckt. Auf Veranlassung eines Verwandten drangen Polizeibeamte gewaltsam in die Wohnung des 63-jährigen Franz Wodarg ein. Dort bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Im Korridor fand man den Wohnungsinhaber mit einer Schußwunde im Kopf erhängt vor. Im Schlafzimmer lagen seine Frau, ebenfalls mit einer Schußwunde im Kopf, und sein 19-jähriger Sohn mit einem Brustschuß in den Betten. Bei den beiden Eheleuten konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen, der schon Stunden vorher eingetreten war. Der schwerverletzte Sohn wurde in das Städtische Krankenhaus geschafft.

Schreckliches Ende einer „Mondscheinfahrt“.

Budapest, 30. Januar.

Eine leichtsinnige nächtliche Ueberrfahrt über die vereiste Donau kostete vier Menschen das Leben. Trotz der eindringlichen Warnungen von verschiedenen Seiten

ließ sich eine aus sieben Personen bestehende Gesellschaft von Weinhändlern und Gastwirten nicht davon abhalten, einen feuchtfröhlichen Abend durch eine „Mondscheinfahrt“ über die Donau in einem kleinen Ruderboot abzuschließen. Der weit überlastete Kahn geriet inmitten des reisenden Stroms in dichtes Treibeis. Schließlich ramnte eine mächtige Eishölle den Kahn mit solcher Gewalt, daß er umschlug. Die Insassen fielen ins eisigkalte Wasser. Während vier von ihnen sofort untergingen, gelang es den drei andern, sich durch Schwimmen über Wasser zu halten, bis ein Rettungsboot zu ihnen vordringen konnte.

Die Goldbarren aus dem Flugzeug wiedergefunden.

(1) Paris, 30. Jan.

Die Goldsendung des Flugzeuges Paris-London, die am Sonntagabend bei einem heftigen Sturm zusammen mit dem Gepäck der Passagiere aus dem Flugzeug gefallen war, ist in der Nähe von Dijon im Département Somme auf freiem Felde aufgefunden worden. Eine Bäuerin entdeckte am Dienstag nachmittag auf ihrem Felde Trümmer einer Kiste und benachrichtigte die Gendarmerie. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß es sich um die Verpackung der Goldbarren handelte. Von den Barren war jedoch zunächst keine Spur zu finden. Erst als man den hartgefrorenen Boden bis 75 Zm. tief umgegraben hatte, fand man die ersten Barren. Nach stundenlangen Nachgrabungen, die in den Abendstunden bei Scheinwerferlicht fortgesetzt wurden, gelang es, zehn Barren aufzufinden. Heute sind dann noch zwei weitere Barren gefunden worden.

Das Saargebiet wird Reichsgau.

Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes.

DNB Berlin, 30. Januar.

Das Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes beginnt mit den Worten:

Das Treuebekenntnis vom 13. Januar 1935 hat bestätigt, daß das deutsche Saarvolk mit der deutschen Nation eine unlösliche Einheit bildet. Um die Verwaltung des Saarlandes in die Verwaltung des Reiches wieder einzufügen, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Es wird dann u. a. folgendes bestimmt:

An der Spitze der Verwaltung des Saarlandes steht bis zur Eingliederung in einen Reichsgau der Reichskommissar für die Eingliederung des Saarlandes mit dem Amtssitz in Saarbrücken. Der Reichskommissar wird vom Führer und Reichskanzler ernannt. Der Reichskommissar ist der ständige Vertreter der Reichsregierung im Saarland. Er hat die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Führer und Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen.

Dem Reichskommissar werden ein Regierungspräsident als allgemeiner Vertreter und die erforderlichen Reichsbeamten beigegeben.

Dem Reichskommissar werden sämtliche Verwaltungsgeschäfte zugewiesen, für die nicht die Zuständigkeit der Reichscentralbehörden gegeben oder die Zuständigkeit anderer Behörden ausdrücklich begründet ist. Der zuständige Reichsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichskommissar des Innern Abweichungen anordnen.

Der Reichskommissar hat auf den ihm zugewiesenen Verwaltungsbereichen die Aufgaben und Befugnisse der höheren Verwaltungsbehörden und ist Landespolizeibehörde; er übernimmt die Aufgaben der Provinzialverwaltung und des Landesfür-

sorgenerverbandes. Der Reichskommissar führt seine Geschäfte unter der Leitung der Reichsminister und unter der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern.

Dem Reichskommissar werden angegliedert: Der Bezirksausschuss, das Regierungsratsamt, die Oberverwaltungsämter, das Verwaltungsgericht und die Landesversicherungsanstalt. Die zuständigen Reichsminister regeln den Aufbau dieser Behörden.

Die Behörden und Einrichtungen des Saarlandes werden, soweit sie nicht Behörden und Einrichtungen der Gemeinden, der Gemeindeverbände oder der Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechtes sind oder soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt wird, Reichsbehörden und Reichseinrichtungen. Die Beamten dieser Behörden und Einrichtungen sind unmittelbare Reichsbeamte; der zuständige Reichsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichskommissar des Innern eine abweichende oder ergänzende Regelung treffen. Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten von Reichsbeamten.

Die Erwägung, daß das Saargebiet in der Abgrenzung, in der es 17 Jahre den Kampf für die Eingliederung nach Deutschland geführt hat, als Einheit bestehen bleiben soll, daß es also nicht mehr, wie vor der Abtrennung vom Mutterlande in ein preußisches und bairisches zerfallen soll, hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, zum Erlaß dieses Gesetzes geführt. Eine weitere Erwägung war hierbei, daß das Saargebiet nach der Eingliederung und nach der Durchführung der Reichsreform mit dem ihm zugeordneten Gebiet ein Reichsgau bilden wird. Deshalb ist nach dem Gesetz festgelegt worden, daß das Saarland ein Verwaltungsbereich des Reiches ist, an dessen Spitze ein Reichskommissar steht, der die gleichen Befugnisse wie der Reichsstatthalter gegenüber den

nach denen die Verlegung der Zoll-Linien an die saarländisch-französischen Grenzen erfolgen. Die Verhandlungen in den Unterhandlungen werden fortgesetzt. Die Verhandlungen führten ferner zu einer Einigung über verschiedene Schriftstücke, die in das Gesamtabkommen eingegliedert werden. Insbesondere haben die beiden Abordnungen die Maßnahmen für die Festlegung der neuen Zoll-Linie an der Grenze Saarland-Frankreich genau festgelegt. Im Einvernehmen mit der Regierungskommission haben der Reichspräsident des Dreierausschusses den Wortlaut der Vorarbeiten unterbreitet, die die Verordnung über den Währungs- und Zollverkehr enthalten soll. Schließlich ist zwischen den Vertretern der Reichsregierung, der Banque de France und der WZ eine technische Vereinbarung über die nach dem Abkommen von Rom zu leistenden Zahlungen getroffen worden.

Der Führer und Reichskanzler empfangen heute den bekannten deutschen Vertreter in internationalen politischen Kreisen, Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Grimm, M. d. R., der bekanntlich in dem Kampf um die Saar eine hervorragende Rolle gespielt hat. Der Führer sprach Prof. Grimm seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit in dem Saarbefreiungskampf aus. Prof. Grimm hatte Gelegenheit, dem Führer ausführlich über seine 15-jährige Tätigkeit als Verteidiger des deutschen Rechtsstandpunktes bei internationalen Projekten und über seine am dem Kampf gegen Versailles ausgeübte Arbeit auf dem Gebiete der internationalen Rechtsprechung und Rechtsforschung eingehend zu berichten.

Prof. Grimm beim Führer.

DNB Berlin, 30. Januar.

Der Führer und Reichskanzler empfangen heute den bekannten deutschen Vertreter in internationalen politischen Kreisen, Rechtsanwalt Prof. Dr. Friedrich Grimm, M. d. R., der bekanntlich in dem Kampf um die Saar eine hervorragende Rolle gespielt hat. Der Führer sprach Prof. Grimm seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit in dem Saarbefreiungskampf aus. Prof. Grimm hatte Gelegenheit, dem Führer ausführlich über seine 15-jährige Tätigkeit als Verteidiger des deutschen Rechtsstandpunktes bei internationalen Projekten und über seine am dem Kampf gegen Versailles ausgeübte Arbeit auf dem Gebiete der internationalen Rechtsprechung und Rechtsforschung eingehend zu berichten.

Eine Verschwörung in Mexiko.

Kriegsflugzeuge gegen Rebellen eingesetzt.

Mexiko, 30. Jan.

Die Militärpolizei hat in den letzten Tagen eine umfangreiche Verschwörung aufgedeckt, in die zahlreiche Personen verwickelt sind. Mehrere Teilnehmer konnten bereits verhaftet werden.

Die Verschwörung geht angeblich von Leuten aus, die sich in Verbannung in den Vereinigten Staaten befinden und einen Aufstand in verschiedenen Landesteilen planen. Im Staate Durango hat die Regierung Kriegsflugzeuge zur Bekämpfung der dortigen Rebellen eingesetzt. Führer der Verschwörung sind der frühere Präsidentschaftskandidat Villalaz und der frühere Unterrichtsminister José Vasconcelos, die in den Vereinigten Staaten anässig sind.

Einigung über die Währungs- und Zollfragen des Saargebiets.

DNB/DHD Basel, 30. Januar.

Die am Dienstag bis nach Mitternacht innerhalb der deutsch-französischen Saar-Kommission stattgefundenen Auswahlsverhandlungen führten am Mittwoch zu der erwarteten Einigung auf dem Gebiete des Währungs- und des künftigen Zollbehandlungs. Es ist zur Regelung des Währungs- und des Zollverkehrs eine Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes in Aussicht genommen, die ein Verbot der Ausgabe von Zahlungsmitteln enthält, ferner den Zahlungsverkehr aus dem Saarland und umgekehrt regelt, den Frankenumtausch sowie die Zulassung von Zahlungen im Saarland mit Reichsmark vor dem 1. März, d. h. vor der endgültigen Übergabe des Saargebietes durch das Reich. Die zweite erreichte Verständigung bezieht sich auf die hauptsächlichsten Punkte,

Die Mitwirkung der Partei im gemeindlichen Leben.

Staatssekretär Grauert über die neue Gemeindeordnung.

DNB Berlin, 30. Januar.

Vor Vertretern der deutschen Presse sprach am Dienstag der Staatssekretär im Reichs- und preußischen Innenministerium, Grauert, über Bedeutung und Auswertung der neuen deutschen Gemeindeordnung. Er nannte dieses Gesetz vielleicht das wichtigste, das bis zum heutigen Tage von der Regierung erlassen worden sei. Es sei die erste Kodifikation aus Teilen des öffentlichen Rechtes für ganz Deutschland, das die Grundlage bilden soll für die weitere Entwicklung der Reichsreform.

Staatssekretär Grauert führte dann u. a. weiter aus: Die Frage der Mitarbeit oder Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat trete gerade in der Frage der Gemeindeordnung am deutlichsten hervor, da der Nationalsozialistische Staat an der Grundidee der Selbstverwaltung habe festhalten und im Rahmen der Selbstverwaltung die Mitwirkung der Partei im gemeindlichen Leben habe regeln wollen.

Es mußte daher der Leiter der Gemeinden als zentraler Verantwortlicher in allen entscheidenden Fragen klar herausgestellt werden, es mußte aber auch das gemeinschaftliche Element der Selbstverwaltung, die Mitwirkung der in der Gemeinde lebenden Bürger im Gesetz gesichert werden.

Hierzu diene als Vorbild der preußische Staatrat, der als ein beratendes Gremium geschaffen wurde; ihm entspreche der Gemeinderat als beratende Einrichtung. Die Gemeinderäte seien gehalten, als Einzelpersonlichkeit ihre Meinung zu äußern. Sie seien nicht als Korporation aufzufassen, sondern die Mitglieder des Gemeinderates sollten den Leiter der Gemeinde beraten, ohne an irgendwelche Weisungen gebunden zu sein. Darüber hinaus seien in Ausübung an die Deputationen des alten preußischen Gemeinderates für die besondere Beratung innerhalb wichtiger Fachorgane der einzelnen Gemeinden sogenannte Fachbeiräte geschaffen worden.

Da das Volk durch die NSDAP repräsentiert werde, mußte an Stelle der Wahl die das Volk repräsentierende NSDAP treten. Ferner sei im dem Gesetz die ehrenamtliche Tätigkeit zum Durchbruch gekommen.

Es sei bemerkt, daß in dem Gesetz hineingekommen worden, daß die Gemeinderäte unbedingt Mitglieder der NSDAP sein müßten. Auch Nichtparteimitglieder, die der Beauftragte der NSDAP nach ihrer politischen Einstellung und ihrem sachlichen Können zur Mitarbeit für geeignet halte, sollten in den Gemeinderat berufen werden können.

Vor einer schwierigen Aufgabe, so betonte Staatssekretär Grauert weiter, habe man in der Frage der Ernennung und Berufung der leitenden Gemeindevorstände gestanden. Entgegen der früheren Lage müsse denn auch hier wieder ein Teil des Volkes, d. h.

die Partei, zur Mitwirkung herangezogen werden. Schließlich sei noch die Frage gewesen, ob nach dieser ausschlaggebenden Mitwirkung der Partei bei der Ernennung der Gemeindevorstände nunmehr bei der Verwaltungsmäßigen Arbeit der Partei in irgend einer Form noch eine Mitwirkung eingeräumt werden sollte.

Nach der vom Führer getroffenen Entscheidung soll, nachdem das Mitwirkungsrecht bei der Ernennung für die Partei sichergestellt ist, für die Verwaltungstätigkeit eine weitere Einmischung oder Mitwirkung von NSDAP-Beauftragten nicht mehr stattfinden, weil diese Mitwirkung auch durch die Gemeinderäte sichergestellt ist.

Nur in zwei Punkten ist eine Ausnahme gemacht worden: Bei der Hauptfakung und bei der Verleihung oder Entziehung von Ehrenbürger- und Ehrenrechten.

Auf der anderen Seite sei im Gesetz klar zum Ausdruck gebracht, daß der Leiter der Gemeinde ohne irgendwelche Einmischung einer außenstehenden Kreise seine Geschäfte zu führen und die Verantwortung dafür zu tragen hat. Nach der Aufstellung von Staatssekretär Grauert ist die Regelung die beste, weil einmal der Einfluss der NSDAP bei der Personalbesetzung gesichert ist, andererseits dem Führergrundsatz der Verantwortlichkeit von oben nach unten in vollem Umfang Rechnung getragen wird.

Bei der Erörterung der zukünftigen Wirtschaft- und Finanzführung der Gemeinden erinnerte der Staatssekretär an den furchtbaren finanziellen Zustand der Gemeinden vor der Machübernahme. Angefähr 600 Staatskommissare waren allein in Preußen eingesetzt, und in den Großstädten bestand kaum die Möglichkeit, einen Haushalt für das ganze Jahr aufzustellen. Die erste Aufgabe der nationalsozialistischen Regierung war es daher, hier Ordnung zu schaffen.

Im großen und ganzen sei die gemeindliche Finanzwirtschaft in Ordnung gekommen und die Möglichkeit einer ordnungsmäßigen Finanzwirtschaft gesichert. Es müsse jetzt daran gedacht werden, daß diese nationalsozialistischen Erfolge nicht in irgend einer Form wieder gefährdet werden könnten.

Zur Vereinfachung der ganzen Gesetzgebung sei endlich festgestellt worden, daß alle Gemeindevorstände in größeren Städten Bürgermeister, in den übrigen Gemeinden Bürgermeister genannt werden, alle Mitarbeiter Beigeordnete. Damit falle allerdings der schöne alte Brauch der Bezeichnung als Dorfschulze, als Gemeindevorsteher fort. Es sei aber die Möglichkeit gegeben, allerbekannteste Bezeichnungen in den einzelnen Anordnungen weiter beizubehalten.

Staatssekretär Grauert schloß mit der Hoffnung, daß dieses Gesetz der Grundstein sein werde, um das Reich Adolf Hitlers so zu gestalten und zu vereinfachen, daß es Hunderte von Jahren bestehen bleiben werde.

Die Gemeindeordnung gilt, wie wir erfahren, übrigens nur für die Gemeinden, nicht für die Kreise und Kreisverbände, auch nicht für die Stadt Berlin.

Kabinettsrat in London.

Am Vorabend des französischen Ministerbesuches.

London, 30. Jan.

Am Vorabend des französischen Ministerbesuches in London fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten MacDonald ein Kabinettsrat statt. Es ist anzunehmen, daß sich das Kabinett mit der gesamten Lage befaßt, wie sie sich nach den ausgiebigen Erörterungen des britischen Botschafters in Paris mit den Wortführern der französischen Regierung ergibt, und daß die Richtlinien festgelegt wurden, die von den britischen Ministern bei den Verhandlungen mit Laval und Laval befolgt werden sollen. Von besonderem Interesse ist der Beschluß, die britische Verhandlungsabordnung durch Baldwin zu verstärken, der nunmehr mit MacDonald und Sir John Simon zusammen den britischen Standpunkt vertreten wird.

Auf britischer Seite gibt man sich über die Aussichten der kommenden Erörterungen mit den französischen Ministern keinerlei Täuschung hin. Es wird offen zugegeben, daß es schwer vorauszuweisen ist, wie die einander widersprechenden Standpunkte der deutschen und der französischen Regierung vereinbart werden können. Deutschland, so

wird erklärt, verlangt praktische Gleichberechtigung, bevor es die Frage seines Eintritts in den Völkerverbund und damit verwandter Fragen erwägen will, während Frankreich nicht nur den Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund fordert, sondern auch verlangt, daß die von ihm befürworteten Pakte von Deutschland „unterzeichnet und besiegelt“ werden, bevor es der Legalisierung des deutschen Wiederaufstehens zustimmt.

Die britische Regierung befürwortet einen Plan, der die automatische Gewährleistung der Gleichberechtigung im Rahmen eines allgemeinen Abkommens zur Währungs- und Zollerleichterung im Augenblick des Beitritts Deutschlands zum Völkerverbund vorsieht.

Von maßgebender britischer Seite wird erklärt, daß gegenwärtig keine Aussicht zu bestehen scheint, daß sowohl die deutsche als auch die französische Regierung sich die britischen Gedankengänge zu eigen machen, ganz abgesehen von dem tiefen Rast, die den Standpunkt der französischen von dem der deutschen Regierung trennt. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, wenn mehr als je der unformale Charakter der bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen in den Vordergrund gestellt wird.

Freitag 8.

Stadt

D

Veram

(Mitgeteilt)

5. 2.: Kreisleiter
10. 2.: Theater
- als Mor
14. 2.: Großer
- im 6
20. 2.: Kneip-P
- Heil
2. 3.: Mastenb
- im 6
2. 3.: St. Ant
3. 3.: MCB
- im 6
10. 3.: Evangeli
- ab
18. 3.: Theater
21. 3.: „Nach-Ge
- klü
- Seh.
7. 4.: Turnvere
- im 6
1. und 2. 6.: A
- 60 j
- Unmerkun
- die Veranstaltun
- licht frühzeitig
- Zimmer 7) sch
- geben. Soweit
- nügt die Angabe

Dor

§ Wie Ober

Ueber

wurden

§ In den letz

Die

§ Hin und u

Anton Rüter

Schau

von

Ausruß an al

— Im Febru

kampf 1935 von d

Arbeiter für alle

Reichsgebiet ein

17. — 24. Febr

Zweck des Sa

und Jungangeh

geben, ihre Fähig

von einem Prüfn

zu stellen.

Wir fordern

mit auf, für die

Schaulen für

Abgaben

a. Auf die i

liche Aufforderu

gabe von Einför

mögenssteuerflä

Februar 1935 m

Freitag abend
8.30 Uhr

Abendvortrag in St. Georg

Pater Joest
spricht.

Stadt Bocholt.

Donnerstag, den 31. Januar 1935.

Veranstaltungen in Bocholt.

(Mitgeteilt vom Verkehrsverein e. V. Bocholt.)

5. 2. Kreisleitung: „Der Erbstrom“.
10. 2. Theaterverein e. V.: Gastspiel Otto Gebühr als „Alte Fritz“ in „Zwischen Abend und Morgen“.
18. 2. Großer „Bunter Abend“ des Winterhilfswerks, im Schützenhaus.
20. 2. Kneipp-Verein: Vortrag Dr. Scholz über die Heilkräfte des Wassers.
2. 3. Maskenball des Turnvereins e. V., im Schützenhaus.
2. 3. St. Antonius-Schützenverein: Fastnachtsfeier.
3. 3. MGV „Sängerbund“: Maskenball, im Schützenhaus.
10. 3. Evangelische Schulgemeinde: Gemeinschaftsabend in der „Kronenburg“.
18. 3. Theaterverein e. V.: „Fidelio“ (Musikbühne Berlin).
21. 3. „Bach-Feier“ in der evangelischen Kirche anlässlich des 250. Geburtstages von Joh. Seb. Bach.
7. 4. Turnverein e. V.: 6. Festvortrag, im Schützenhaus.
1. und 2. 6. MGV „Sängerbund“: 50-jähriges Jubiläum.

Anmerkung: Die Vereine usw. werden gebeten, die Veranstaltungen, Festlichkeiten, Konzerte usw. möglichst frühzeitig dem Verkehrsverein (Kirchstraße 5, Zimmer 7) schriftlich oder mündlich (3148) anzugeben. Soweit der genaue Tag noch nicht feststeht, genügt die Angabe des ungefähren Zeitpunktes.

Dor der Staatsberatung.

Die Oberbürgermeister Jergang in einer gestern stattgefundenen Pressebesprechung mitteilte, wird in den nächsten Wochen mit der Beratung des Staatsrats 1934/35 begonnen. An dieser Staatsberatung wird sich nur ein Teil der Gemeinderäte beteiligen. Am 1. März soll der Haushaltsvoranschlag bereits dem Herrn Regierungspräsidenten vorgelegt werden, damit er bis zum 1. April ds. Js. dem Beginn des neuen Rechnungsjahres, genehmigt werden kann.

In den nächsten Wochen wird der Staatsrat und die Räte der Städte Bocholt, Bielefeld und Hamm

Über 3100 Ehrenkreuze wurden bisher in Bocholt verteilt.

In den letzten Tagen wurden innerhalb der Stadt Bocholt 2335 Frontkämpferkreuze, 291 Ehrenkreuze für Kriegsteilnehmer, 153 Ehrenkreuze für Kriegseinsatz und 152 Ehrenkreuze für Kriegseinsatz, insgesamt also 3181 Ehrenkreuze verteilt. Ferner wurden gestern noch rund 200 Ehrenkreuze, deren Einreichung in die drei verschiedenen Gruppen uns nicht möglich ist, dem Empfänger zugewiesen. Sodann sei darauf hingewiesen, dass die Verleihung einer Anzahl von Ehrenkreuzen noch aussteht, weil die Angaben derjenigen Antragsteller, die die erforderlichen Unterlagen (Militärpapiere usw.) nicht beibringen konnten, noch nachgeprüft werden müssen.

Hohes Alter.

Am morgigen Samstag feiert der Badermeister Anton Kötter (Rebentstraße 26) seinen 78. Geburtstag. Er ist körperlich und geistig noch recht frisch. Morgens um 5 Uhr ist er schon in der Baderlei tätig. Der jüngeren Generation ist er ein leuchtendes Vorbild des Fleißes. Das Fleißchen schmeckt ihm noch sehr gut. Mögen dem alten Meister noch viele Jahre im Kreise seiner Lieben beschieden sein.

Die „findige“ Post.

Sie sind und wieder berichten die Zeitungen von der Findigkeit der Deutschen Reichspost. Hier wieder ein Beispiel: Ein Bocholter Original fandte an seinen Freund in Rheide anlässlich des Wagnersfestes eine Glückwunschkarte, die er wie folgt adressierte:

„Wiet un flet in Westmünsterland
Zi Durs Rabe god bekannt.“

Wenn auch Bocholt und Rheide nicht gerade sehr weit auseinander liegen und dem einen oder anderen Bocholter der Spitzname dieses oder jenes Rheider Bürgers bekannt ist, so zeigt es doch immerhin für den guten „Nieder“ unserer Postbeamten, dass die Karte ohne jede Unterbrechung prompt bei dem so poetisch umschriebenen Geburtstagskind ein Rheide eintraf.

Schaufensterwettbewerb

vom 17. bis 24. Februar.

Aufruf an alle Einzelhandelsgeschäfte in Bocholt.

Im Februar und März wird der Reichsbewerbskampf 1935 von der Reichsjugendführung und der Deutschen Arbeitsfront durchgeführt. Als Einleitung dieses Wettbewerbs für alle Lehrlinge, Kaufmannsgehilfen, Gesellen und Arbeiter bis zum 21. Lebensjahre wird im ganzen Reichsgebiet ein Schaufensterwettbewerb vom 17. bis 24. Februar durchgeführt.

Zweck des Schaufensterwettbewerbs ist, den Lehrlingen und Jungangestellten bis zu 21 Jahren Gelegenheit zu geben, ihre Fähigkeiten durch eine selbstständige Arbeit, die von einem Prüfungsausschuss geprüft wird, unter Beweis zu stellen.

Wir fordern die Bocholter Einzelhandelsgeschäfte hiermit auf, für die Dauer des Wettbewerbs einen Teil ihrer Schaufenster für die Dekoration zur Verfügung zu stellen. Anmeldekarten erfolgen unter Angabe der Branche an das Mittelstandshaus in Bocholt.

Hell Hille!

Deutsches Arbeitsfront,
Reichsbewerbsgruppen der „Ange“-Klassen.

Abgabe der Steuererklärungen.

a. Auf die im Anhang dieser Zeitung befindliche Aufforderung des Finanzamtes in Borken zur Abgabe von Einkommens-, Körperschafts-, Umlage- u. Vermögenssteuererklärungen in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1935 machen wir unsere Leser aufmerksam.

Die neuen Ratsherren bei der Arbeit.

Eine reichhaltige Tagesordnung der ersten geheimen Sitzung: Der Bau der Kläranlage erfordert noch 76000 RM. — Bau eines Vorflutkanals Rheide-Bocholt geplant. — Der Wohnungsbau soll durch Hergabe von Baugelände und Verzicht auf Straßenbaukosten tatkräftig gefördert werden.

Bocholt, 31. Januar.

Im Anschluss an die feierliche Einführung und Vereidigung der neuen Ratsherren fand am Dienstag, wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, die erste geheime Sitzung der neuen Gemeinderäte unter der Leitung des Oberbürgermeisters Jergang statt. Die Tagesordnung der Sitzung war sehr reichhaltig und umfasste eine Reihe bemerkenswerter Gegenstände, über die der Oberbürgermeister in einer gestern stattgefundenen Besprechung mit den Vertretern der Presse informierte.

Eine neue Ortsfassung.

Zunächst stand der Erlass einer Satzung betr. die Niederschlagung von Ansprüchen, die die Stadt gegenüber den Steuerzahlern hat, auf der Tagesordnung. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die etwaige Niederschlagung von Steuern, Beiträgen usw. aus sozialen oder rechtlichen Gründen. Zweck dieser Satzung ist nicht etwa, Steuerhinterziehungen zu fördern. Nach dem Gemeindevorstellungsgesetz hat der Leiter der Gemeinde keine Möglichkeit, etwaige begründete Steuerhinterziehungen von sich aus zu gewähren, wenn sie nicht ausdrücklich durch eine Ortsfassung festgelegt ist. Es wurde daher festgestellt, dass der Leiter der Gemeinde Niederschläge von Steuern usw. bis zum Betrage von 500 M und sein Stellvertreter solche bis zum Betrage von 250 M ohne Anhörung der Gemeinderäte vornehmen kann. Beträge, die über die genannten Summen hinausgehen, dürfen nur nach Anhörung der Gemeinderäte niedergelassen werden.

Die neue Kläranlage

an der Schwanenstraße ist, wie wir schon vor längerer Zeit mitgeteilt haben, im großen und ganzen fertig gestellt. Allerdings ist, wie sich jetzt herausstellt, die Finanzierung nicht mit der Sorgfalt gesichert worden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Es sind nämlich noch Arbeiten mit einem Kostenaufwand von 43000 M durchzuführen, für die im Augenblick keine Deckung da ist. Die Deffa (Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten), die für den Bau der Kläranlage ein Darlehen von über 200000 M zur Verfügung gestellt hat (im ganzen waren es 318200 M, von denen 110000 M auf die Kanalisation im Norden der Stadt entfielen), hat die Hergabe eines weiteren Darlehens abgelehnt. Der Gemeinderat ist nun dahin übereingekommen, dass etwa die Hälfte der noch fehlenden Summe von einer der Firmen, die am Bau der Kläranlage

mitgewirkt haben, als Darlehen zur Verfügung gestellt wird, das in fünf Jahren zurückgezahlt ist. Ein weiterer Betrag wird aus Ueberflüssen der Städtischen Licht- und Wasserwerke ebenfalls als Darlehen zur Verfügung gestellt, das innerhalb sechs Jahren zurückgezahlt wird. Der noch verbleibende Rest soll aus laufenden Mitteln der Entwässerungskasse entnommen werden. Man sieht also, dass der Gesamtbetrag von 43000 M aus laufenden Mitteln gedeckt wird. — Bevor aber die Kläranlage ihre Aufgabe reiflos erfüllen kann, muß noch

eine Schlammfanganlage

gebaut werden, die einen Kostenaufwand von 33000 M erfordert. Die Finanzierung soll auch hier ohne Inanspruchnahme fremder Mittel erfolgen. Ein Teilbetrag soll aus den besonderen Mitteln für Notstandsarbeiten entnommen werden, die bereits im Etat angelegt sind, sowie aus ordentlichen Mitteln des Entwässerungskontos aus dem Jahre 1934.

Man hofft, daß die Kläranlage im April endgültig in Funktion treten kann. Bocholt hat dann eine Anlage allermoderner Art, die auf Jahrzehnte hinaus den Ansprüchen der Stadt genügen wird.

Ja, die Anlage ist sogar so leistungsfähig, daß Bocholt allein sie voraussichtlich noch ein ganzes Menschenalter lang nicht voll ausnützen kann. Aus diesem Grunde ist man in Verhandlungen mit der Nachbar-gemeinde Rheide zwecks Anschlusses an die Bocholter Kläranlage getreten. Und zwar ist der Anschluß in der Weise gedacht, daß

ein Vorflutkanal von Rheide nach Bocholt

entlang der Rheider Chauffee gebaut werden soll, der die Schmutzwässer von Rheide aufnimmt und sie der Bocholter Kläranlage zuführt. Dadurch würde einerseits die Rheider Bevölkerung von den Rheider Schmutzwässern befreit und andererseits könnte die Erde, die bei dem Bau des Vorflutkanals ausgehoben wird, zur Anlage des unbedingt notwendigen Radfahrerweges von Bocholt nach Rheide benutzt werden. Zwar ist, wie gesagt, ein Abkommen zwischen den zuständigen Körperschaften von Bocholt und Rheide über diese Angelegenheit noch nicht getroffen, aber der Vorentwurf eines Vertrages liegt bereits vor. Der Bocholter Gemeinderat hat sich jedenfalls in seiner gestrigen Sitzung damit einverstanden erklärt, daß mit der Verwaltung in Rheide die Verhandlungen über diese Frage weiter gepflogen werden.

Der Wohnungsbau in Bocholt.

Man sieht also, daß Stadt und Gemeinderat bestrebt sind, mit allen Mitteln den Eigenheimbau wie auch den Wohnungsbau der Genossenschaften usw. zu unterstützen. Leider herrscht zurzeit wenig Neigung, Privatebauten zu errichten. Dagegen liegen bereits

mehrere Bauvorhaben

der Wohnstätten-genossenschaft „Münsterland“, des Bocholter Bauvereins und der Stadtgruppe der Kleinfelder, die in Blumenhort eine Siedlung errichten will, vor. Allerdings besitzt die Stadt zurzeit wenig geeignetes Baugelände. Es soll jedoch durch Austausch, Zusammenlegung von Grundstücken usw. günstiges Baugelände bereit gestellt werden.

Änderungen an städtischen Gebäuden.

Im Schlachthof sollen einige bauliche Veränderungen vorgenommen werden. So wird die Kalt- und Warmwasser-Bassinanlage erneuert, der Kassernturm wird instand gesetzt und schließlich werden die Zimmer für die Gefallen des Schlachthofes, die bisher nicht ausgebaut waren, in Ordnung gebracht. Die Gesamtkosten im Betrage von 10000 M werden aus laufenden Mitteln gedeckt.

Ferner wird das Haus Nordallee 25, das dem Oberbürgermeister als Wohnung dienen soll, instand gesetzt. Die Kosten werden dem Langenbergischen Armenfonds, der Eigentümer des Hauses ist, entnommen. Die Währungsänderungen werden durch höhere Miete wettgemacht.

Die Mauer des Hofes der Langenbergische Schule entlang der Schönenbergstraße wird ausgebaut. Die Kosten werden aus laufenden Mitteln des Tiefbau-Etats entnommen.

Mit einem bereits im Etat 1934 bemittelten Betrag soll ein zweiter Lustgarten und zwar im alten Gymnasium geschaffen werden.

Schließlich nahm der Gemeinderat noch Kenntnis von der Ueberleitung von Etatspositionen und deren Deckung. Zum Schluß wurden einige Personalangelegenheiten erledigt.

Um die Zukunft des Oberlyzeums.

Starker Rückgang der Schülerinnenzahl. — Weiterführung der Schule in Form einer dreijährigen Frauenschule und Einrichtung eines hauswirtschaftlichen Lehrganges geplant.

Bocholt, 31. Januar.

Das Bocholter Marienoberlyzeum, die einzige höhere Mädchenschule in Bocholt und Umgegend, ringt augenblicklich um seinen Bestand. Die Zahl der Schülerinnen, die früher einmal über 300 betrug, ist auf rund 200 zurückgegangen und hat damit einen Tiefstand erreicht, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen war.

Schuld daran tragen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die so manche Familie bedrücken, die in besseren Tagen auch die Töchter auf die höhere Schule schicken konnten, ferner die Ueberfüllung der akademischen Berufe sowie fast aller sonstigen Berufe, die eine gewisse höhere Schulbildung voraussetzen, und nicht zuletzt die neue Zeit, die der traditionellen Bildung andere Wege weist, indem sie anstelle der bisherigen wissenschaftlichen Bildung eine vertiefte Bildung der spezifisch praktischen Fähigkeiten fordert. Der Rückgang der Schülerinnenzahl macht sich besonders in den Oberklassen bemerkbar: Die Oberfunda ist bereits zu Ostern vergangenen Jahres vollständig eingegangen, und die beiden Primas weisen nur 6 (Unterprima) bzw. 9 (Oberprima) Schülerinnen auf.

Angesichts dieser Tatsache hat die Leitung der Schule den Vorschlag gemacht, die wissenschaftliche Oberstufe des Lyzeums eingehen zu lassen und sie in Form einer dreijährigen Frauenschule (früher Frauenoberlyzeum) weiterzuführen. Dieser Plan ist um so mehr zu begrüßen, als erwartet wird, daß die dreijährige Frauenschule den Uebergang zur pädagogischen Akademie bilden wird, die bekanntlich der Heranbildung der Volksschullehrerinnen dient.

Neben der dreijährigen Frauenschule, die von Schülerinnen besucht werden kann, die das Lyzeum absolviert haben, soll durch Zusammenfassung von bereits bestehenden Kursen für Volksschülerinnen ein zweijähriger Lehrgang in Nadelarbeit und Hauswirtschaft eingerichtet werden, der, wie schon der Name sagt, die Heranbildung der jungen Mädchen zu tüchtigen Hausfrauen dienen soll.

Das Kuratorium des Marienoberlyzeums, dem Pfarrer Kruse (als Vorsitzender), Oberbürgermeister Jergang, die Leiterin der Schule Schwester Anzella, der Direktor des Gymnasiums, Pfarrer Dillmer, Fabrikant Th. Schwarz und Sanitätsrat Dr.

Farwid angehören, ist der Auffassung, daß durch diese zeitgemäße und auch von den Eltern der Schülerinnen erwünschte Umstellung die Schule ihren Zweck für die Zukunft am besten erfüllen kann.

Wie Oberbürgermeister Jergang in einer Besprechung mit Vertretern der Presse gestern mitteilte, liegen die Anträge auf Genehmigung des oben skizzierten Vorschlages der Schulleitung den zuständigen Stellen vor. Nicht nur im Interesse der Schule, sondern auch in dem der Studierenden weiblichen Jugend liegt es, wenn die Pläne bald gutgeheißen werden, auf daß die Schule bereits zu Beginn des neuen Schuljahres sich den neuen an sie gestellten Aufgaben mit bewährter Kraft widmen kann.

Im Dienst des guten Buches.

Die Borromäusvereine des Dekanats Bocholt im Jahre 1934.

Im Dekanat Bocholt bestanden im Jahre 1934 12 katholische Volks- und Jugendbüchereien des Borromäusvereins. Sie hatten einen Bücherbestand von 21 318 Bänden. Ausgegeben wurden 62 464 Bücher. Neuananschaffung wurden 1438 Werke. Der Gesamtaufwand einschließlich des Betrages für die den Mitgliedern zugewiesenen Vereinsgaben betrug 14 671 M. In Anspruch genommen wurden die Büchereien des Borromäusvereins von 2334 Familien.

Da das Dekanat Bocholt als Grenzlandgebiet angesprochen werden muß, haben die Büchereien des Borromäusvereins auch im vergangenen Jahre wieder eine große volksdeutsche Mission erfüllt.

Die Neuananschaffung von 1438 Büchern, unter denen sich eine größere Zahl von nationalsozialistischen Werken befindet, beweist, wie sehr der Borromäusverein bemüht ist, durch die Verbreitung des guten Buches an dem Wiederaufstieg der deutschen Volksgemeinschaft mitzuwirken.

Für die Stadt Bocholt ergibt sich folgendes Bild: Der Bücherbestand betrug 14 119 Bände, die Ausleihgeber 52 054 Werke. Neu angeschafft wurden 991 Bände. Der Gesamtaufwand betrug 11 070 M. 1824 Familien nahmen die Büchereien des Borromäusvereins in Anspruch.

Ein Vergleich zwischen den Zahlen des gesamten Dekanats Bocholt und denen der Stadt Bocholt ergibt, daß das Verhältniß in der Stadt Bocholt größer war als in den Randgemeinden des Dekanats Bocholt; entfällt doch auf Bocholt 85 Prozent der gesamten Ausleihgeber. In St. Georg allein wurden 20 902 Bände ausgeliehen. Der Bücherbestand für die Borromäusbüchereien in der Stadt Bocholt ergibt nur 66 Prozent, auf Neuananschaffungen fallen 69 Prozent, der Gesamtaufwand betrug 75 Prozent, der Zeitkreis an Familien umfasste 78 Prozent.

Für das Jahr 1935 macht sich eine Steigerung der Mitgliederzahl schon jetzt bemerkbar. Ganz gewiß wird das soeben erwähnte neue Gedennzeichen, das allen Interessenten zur Verfügung steht, mit dazu beitragen, dem Borromäusverein neue Mitglieder zuzuführen.

Pfennige werden gesammelt.

a. Der Winterpfennig des Winterhilfswerks — der Name sagt es schon — soll dazu beitragen, den Hunger und die Kälte von unseren notleidenden Volksgenossen fern zu halten. Und wie klein ist doch das Opfer! Beim Einkauf von einer Reichsmark nur einen Pfennig für das Winterhilfswerk zu opfern. Jeder Pfennig ist ein Baustein für das Winterhilfswerk, wodurch wird bitterer Not so mancher Mutter und so manchem Kinde erparnt bleibt.

Darum brecht Euer Brot — Mit Brüdern in Not!

Gedenkt beim Einkauf des Winterpfennigs.

Winter mit Kälte, Eis und Schnee.

a. Hui, wie pfeift der Wind durch die Straßen, über Felder und Wälder. Tagsüber geht es noch so einigermaßen. Aber des Morgens und des Abends — Die Menschen gehen, angetan in dicke Winterkleidung, den Manteltragen hochgeschlagen, die Hände bis an den Ellenbogen in den Taschen vergraben, eilfertig ihren Befehlen nach. Jeder, der nicht unbedingt draußen sein muß, der bleibt, wie man so sagt, zuhause bei Mutter — hinter dem warmen Ofen. Doch habt ihr auch schon mal darüber nachgedacht, wie es Euch zuhause wäre, wenn ihr aus der Kälte der Straße kommend zuhause keine geheizte Wohnung vorfinden würdet? ... Und habt ihr schon mal darüber nachgedacht, wenn ihr auf der Straße einem Menschen begegnet seid, der klappernd vor Kälte mit blauen Lippen — angetan mit der notdürftigsten Kleidung an euch vorübergeht, daß sich dieser in große Not befindet? Manches Gewissen wird sich wohl bei dieser Ueberlegung geregt haben und zu dem Entschluß gekommen sein, zu helfen, zu helfen mit der ganzen Kraft, die ein wahres Herz empfindet.

Das Gebot der Stunde wurde da erkannt. Helfen dem Bruder, der Schmeißel! Opfern für das W.H.W. zum Wohle unserer armen Volksgenossen!

Schäufel tut not!

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Schäufel in deutschen Ländern weit mehr als bisher betrieben werden muß. In Bocholt ist sich der kürzlich ins Leben gerufene Schäufelverein für eine intensive Pflege dieser so notwendigen Arbeit ein. Im übrigen veranlaßt der Schäufelverein für Bocholt und Umgegend am kommenden Samstag im Lokal Reinhard Gehring eine Verlosung, zu der Freunde und Gönner des Vereins herzlich eingeladen sind. Die Verlosung beginnt um 8 Uhr. Für die Mitglieder des Vereins beginnt bereits um 6 Uhr eine Verlosung. Schäufel, die dem Verein noch beizutreten wollen, zahlen eine Aufnahmegebühr von 50 M; der Monatsbeitrag beträgt 25 M.

Statt Karten
Die glückliche Geburt eines prächtigen Jungen zeigen in dankbarer Freude an
Rechtsanwalt Dr. Kirschbaum und Frau
Hilde geb. Heberling.
Dillenburg, den 29. Januar 1935.

Öffentliche Aufforderung
des Finanzamtes

zur Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für die im Kalenderjahr 1934 endenden Steuerabschnitte sowie der Vermögenserklärungen 1935 nach dem Stichtag vom 1. Januar 1935.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer sind in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1935 unter Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Eine allgemeine Fristverlängerung kommt nicht in Frage. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten im allgemeinen einen Vordruck vom Finanzamt zugestellt. Die Zustellung gilt als Aufforderung zur Steuererklärung. Die durch die Steuergehalte begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht überhandt ist, bleibt unberührt. Die Steuerpflichtigen wollen gegebenenfalls Vordrucke beim Finanzamt anfordern. Von der Abgabe der Umsatzsteuererklärungen sind die nach § 57, Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen 1932, zu Umsatzsteuer und zur Führung des Umsatzsteuerheftes Verpflichteten und die nichtbuchführenden Kaufleute befreit. Als Veranlagungszeitraum kommt nur noch das Kalenderjahr in Frage. Pflichtige, die bisher ihre Umsätze nach einem Wirtschaftsjahr versteuert haben, werden bei der Jahresveranlagung 1935 sowohl für das Wirtschaftsjahr 1933/34 als auch für die im das Kalenderjahr 1934 fallenden Monate ihres Wirtschaftsjahres zusammen veranlagt, z. B. bei einem Wirtschaftsjahr, das vom 1. Juli bis 30. Juni läuft, für die Umsätze vom 1. Juli 1933 bis 31. Dezember 1934.

Der Kreis der Erklärungspflichtigen bedarf besonderer Erläuterung

a) bei der Einkommensteuer:

- (1) Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige haben eine Steuererklärung über das Einkommen im abgelaufenen Kalenderjahr abzugeben:
1. wenn ihr Einkommen den Betrag von 8000 RM. übersteigt hat oder
2. wenn ihr Einkommen weniger als 8000 RM., aber mehr als 4000 RM. betragen hat und darin Einkünfte von mehr als 300 RM. enthalten sind, die weder der Lohnsteuer, noch der Kapitalertragsteuer unterliegen haben, oder
3. ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, wenn es ganz oder teilweise aus Gewinn im Sinn der §§ 4, 5 des Gesetzes bestanden hat und der Gewinn auf Grund eines Buchabchlusses ermittelt ist, oder
4. wenn sie vom Finanzamt zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert werden.

(2) Beschränkt Steuerpflichtige haben eine Steuererklärung über die im abgelaufenen Kalenderjahr bezogenen inländischen Einkünfte abzugeben:

1. wenn ihre gesamten inländischen Einkünfte, nach Abzug der Einkünfte, die der Lohnsteuer oder der Kapitalertragsteuer unterliegen, 4000 RM. übersteigen, oder
2. ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer inländischen Einkünfte, wenn diese ganz oder teilweise aus Gewinn im Sinne der §§ 4, 5 des Gesetzes bestanden haben und der Gewinn auf Grund eines Buchabchlusses ermittelt ist, oder
3. wenn sie vom Finanzamt zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert werden.

b) Bei der Vermögenssteuer:

- (1) Von den unbeschränkt Vermögenssteuerpflichtigen habe eine Vermögenserklärung über ihr Gesamtvermögen abzugeben:
- I. Natürliche Personen:
1. die lebhaft sind: wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt;
2. die verheiratet oder verwitwet sind: wenn ihr Gesamtvermögen 20 000 RM. übersteigt. Hierbei ist das Vermögen der Ehefrau und der minderjährigen Kinder mit zu berücksichtigen, der Freibetrag (§ 5, Vermögenssteuergesetz) außer Betracht zu lassen.

II. Nicht natürliche Personen:

1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften: ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gesamtvermögens;
2. Erwerbs- und Wirtschaftsvereine, Berufsvereine, Berufsvereine auf Gegenleistung, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nicht rechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvereine, außer den Kreditanstalten des öffentlichen Rechts: wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt.

(2) Beschränkt Vermögenssteuerpflichtige haben eine Vermögenserklärung über ihr Gesamtvermögen abzugeben: ohne Rücksicht auf die Höhe des Gesamtvermögens.

(3) Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften, bei denen die Gesellschaft als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind und die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, haben eine Vermögenserklärung abzugeben: wenn das Vermögen der Gesellschaft 10 000 RM. übersteigt.

Borfen, den 28. Januar 1935. (446)

Finanzamt.

Gummiwärmflaschen
in unerreicht bester Qualität!
Lassen Sie sich unverzüglich unsere große Auswahl zeigen
1.40 1.65 1.80 2.20 2.60 3.75
Wärmkrüge mit Patentversch. -50
Wärmkrüge ohne " -25
Drogerie Bruns,
Nordstraße 22 4366

Statt besonderer Anzeige.

Oott der Herr rief heute früh den Kriegsbeschädigten

Herrn Adolf Holthausen

nach langer Krankheit, im Alter von beinahe 57 Jahren, zu sich in die Ewigkeit. Er starb sanft und gottgegeben.

Wir bitten, das Verstorbenen im Gebete zu gedenken. [4358]

In tiefer Trauer:
Frau Adolf Holthausen
Auguste geb. Witzens
nebst Kindern und Anverwandten.

Bocholt, Milwaukee (U.S.A.), Oberhausen, Millingen, den 29. Januar 1935.

Das hl. See enamt findet statt am Samstag, d. 2. Februar, 8.30 Uhr, in der St. Georgskirche, anschließend die Beerdigung vom St. Aneshospital aus, wozu (rdl.) eingeladen wird.

Frisch eintreffend von der Küste.

Grüne Heringe	Pfd. 10 Pfg.
Bratfisch	" 15 "
Kabeljau	" 19 "
Rotbarsch	" 24 "
Schellfisch o. K.	" 25 "
Angelschellfisch	" 42 "
Schollen mittel	" 42 "
Heilbutt	" 48 "
Seemuscheln	10 Pfd. 65 "

Stets tägl. frisch eintreffend: [445g]

Bückinge norwegisch	Pfd. 22 Pfg.
Rauchschellfisch	" 32 "
Seelachs ger.	" 38 "
Sprotten	" 12 "
Sprotten	1 Kiste 25 "

3% Hill 3%
Bocholt Ruf 2134

Unterzeuge

richtige mollige Winter-Qualitäten, kaufen Sie vorteilhaft bei

Wwe. Aug. Meyer
Horst-Wessel-Platz 4. 433g

Wir empfehlen!

Holländer Käse	Pfd. 1. - 0.90 0.85 0.80
Edamer Käse Pfd.	- .90 u. - .75
Tilsiter Blockkäse Pfd.	0.60
Streichkäse 0.28 0.20 u. 0.10	
Plockwurst schnittfest	Pfd. 1.50 1.25 1.10 1. -
Blut- u. Leberwurst Pfd.	- .40
la. gem. Aufschnitt	1/4 Pfd. 0.25
gek. Saftschinken	1/4 Pfd. 0.33
Rollschinken mild	1/4 Pfd. 0.38
Speck fett Pfd.	0.94 u. 0.84
Rein. Schwachmalz Pfd.	0.90
Rinderfett	Pfd. 0.62

Stets frisch gebrannter Kaffee aus eigener Großrösterei Pfd. 3. - 2.50 2.20 2. - u. 1.80

3% Otto Mess 3%
Bocholt, Ruf 2245 457a

Nicht verzweifeln
wenn
alter Haus-
rat überall im
Wege steht, Sie fin-
den hierfür sofort zahl-
reiche Käufer durch eine

kleine Anzeige
in unserer maßgebend ver-
breiteten Zeitung. Für
wenig Geld können
Sie entbehrlich ge-
wordene Sa-
chen sofort zu
Geld machen

Bei 435g
Haarausfall
Schuppen Schinn
Kopfschmerzen
hilft sicher und schnell
Aok-Lindenblütenwasser
Aeristisch erprobt u. verordnet.
FL. RM. - .65
Alleinverkauf:
Drogerie Maass, Osterstr. 25

Heute frische Fische!

Grüne Heringe	Pfd. nur 13 Pfg.
Bratfisch	Pfd. nur 14 Pfg.
Seelachs o. K.	Pfd. nur 17 Pfg.
Fischfilet	Pfd. nur 25 Pfg.

Otto Mess
3 Prozent. Ruf 2245

Unwiderruflich heute (Don-
nerstag) zum letzten Male!

ELEOPATRA
(Die Zauberin des Nils)
Der Kampf zwischen Rom u. Ägypten um
die Macht der Welt. Wochentags ab
4 1/2 Uhr, letzte Abendvorst. täglich
8 1/2 Uhr im **CAPITOL-THEATER**.

Gummiwärmflaschen

Sie finden bei mir eine große Auswahl in
Garantie-Flaschen
Stück. 1.40 1.65 2. - 2.50 2.90
Wärmkrüge St. - .50
Drogerie Feldmann, Neustraße, Ecke
Horst-Wessel-Pl.

Gestern auf d.
Osterstr. rotes
Portemonnaie
mit Geld und
Schlüssel ver-
loren. Abzug
b. Volksblatt.
Geld kann als
Forderungsbe-
halt werden

Achtung! Achtung!
Verkaufe Freitag morgen ab
7 Uhr auf dem Hofe der **Kaffee-
rösterei Imping, Nobelstraße**,
eine Partie prima [437g]
junge Schweine
zu den billigsten Tagespreisen
Heinrich Arh

Bei Husten
in 4 Tagen geheilt - auch bei
Verschleimung für mich das
sicherste Mittel. - J. Schwed. Kim.
Zachum. 11. 3. 34. - bei Bronchial-
Katarrh u. hartnäckigem Husten
sehr gute Dienste geleistet.
Hedemann Wally Epp. Bismarckstr. 12. 34.
Viele ähnliche Urteile liegen vor.
St. 155 u. 1. Hubschorn. St. 0.75
zu haben bei
Drog. Feldmann, Horst-Wessel-Pl.
458g

Warnung.
Ich warne hier-
mit jeden, das
Gerücht, welches
über mich in
Umlauf ist, wei-
ter z. verbreiten,
und zahle dem-
jenigen 20 RM.
Belohnung, der
mir die Person
namentlich nament-
lich, jedoch ich
denjelb. gerich-
tlich belang. kann.
Kath. Tetampe,
Rhede.

Stimmungskapelle
zu Karneval gesucht.
Auskunft beim Volksblatt.

**Oplemanns Kräuter-
Hustentropfen**
allbekannt und ganz vor-
züglich. [447g]
Flasche 65 und 90 Pfg.
Drogerie Maass, Osterstraße

Soll die
Konkurrenz regieren?
Nein!
dann bitte inserieren!

**1 Elektro-Motor
sowie 1 Schrotmaschine**
beide Teile gut erhalten zu ver-
kaufen gegen Dieselmotor zu
tauschen gesucht. [443g]
Auskunft beim Volksblatt in
Bocholt und Rhede.

Wächern
vom Lande im Alter v. 21 Jahren
sucht Stelle
zum 1. März oder später auf dem
Lande. [442g]
Auskunft beim Volksblatt in
Bocholt und Rhede.

Große abgeschlossene erste
Etage
mit Zentralheiz. zu vermieten
Näheres beim Volksblatt [1489g]

4 Zimmerwohnung
in ruhiger Lage, von festerem
Mietzähler gesucht. [458g]
Offerten unter Nr. 1481 an das
Volksblatt erbeten.

Wollpriege
für Fenster-
mängel etc.
empfiehlt
Möbelhaus
Tersiege,
Osterstr. 69.

SPAREN
durch kleine
Anzeigen, die alles bil-
liger u. schneller
besorgen.

Preise abwärts

In unserem

Inventur-Verkauf!

Ja, da staunen so manche! Und zwar jene, die im Inventur-Verkauf nichts besonderes erblicken wollten! Und nun sehen sie, wie plötzlich die Preise abwärts wandern! Und wie! Erstaunlich! FISSEr-Leistungen!

Herren-Mäntel außerordentlich billig 32.- 28.- 19.50 18.50	Knaben-Mäntel Or. 1-4 in Serien 4.90 3.75 2.95 2.50
Herren-Mäntel darunter feinste Modelle 48.- 39.- 38.- 34.-	Knaben-Anzüge Or. 1-4 in Serien! 8.75 4.90 3.50 1.95
Herren-Anzüge elegante Formen 48.- 39.- 28.- 18.75	Jünglings-Anzüge gestreift und Sportstoffe 29.50 22.- 19.50 13.50
Herren-Anzüge Sportfacon 34.- 24.- 19.50 13.75	Jünglings-Mäntel jugendliche Musterungen 27.50 18.- 18.75 12.75

J. B. Fisser
Westmünsterlands größtes Spezialhaus für
Herren- und Knabenkleidung. (434g)

Keiner versäume
Leitings
Inventur-Verkauf.

Besonders billige Einzelpaare in Ueberschuhen.

**Schuhhaus
Leiting**
Osterstraße

Einige Waggon

KÄSE

die unsere Einkäufer noch in Holland
kaufen konnten, gestatten uns eine
Preissenkung.

Gute Ware zu angemessenen Preisen
ist unser Leistungsprinzip. [444g]

Holländer Käse 40%	Pfd. 78 Pfg.
Holländer Käse 45%	" 95 "
Edamer Käse 40%	" 80 "
Limburger Käse in Stang.	" 54 "
Tilsiter Käse 45%	1/4 " 25 "
Emmentaler Käse o.R.	1/4 " 25 "

D'sche Markenbutter Pfd. 1.60 RM.

Plockwurst	1/4 Pfd. 30 Pfg.
Cervelatwurst	1/4 " 33 "
Oelsardinen	Dose von 18 Pfg. an
Salzgurken	Pfd. 12 Pfg.
Sülze	1/4 " 12 "

Heringe	10 Stck. 30 Pfg.
Bratheringe	1 Ltr.-Dose 58 "
Rollmops	1 Ltr.-Dose 72 "

3% Hill 3%
Bocholt Tel. 2134

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider,
Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster
i. W.; für Westdeutschland: Otto Heinz Tobbe; für Feuilleton: Peter
Schlaub; für Handel und Sport: Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund.
Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den Zeno-
Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeyer, Münster i. W.
Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. W.

Verantwortlich für den örtlichen Textteil: Heinrich Schmitt, Bocholt; für
den örtlichen Anzeigenteil: Josef van Gelder, Bocholt.
Verlag: J. & A. Temming, Bocholt, Realschulstr. 14.
Durchschnitts-Auflage XII. 1934:
Zeno-Zeitung insgesamt: 42 520.
Volksblatt, Bocholt: 6254. - Volksblatt, Wesel: 962.